

„Ein Missverständnis“

Die UEL ist nicht mit den Index-Plänen der Regierung einverstanden

„Zwischen der Regierung und uns gibt es in dieser Frage ein Missverständnis“, sagte UEL-Direktor Jean-Jacques Rommes gestern bei einer Pressekonferenz zu den Index-Plänen der Regierung. Wenn die Regierung behaupte, das Problem habe sich mit der niedrigen Inflationsrate erledigt, dann „liegt sie falsch.“ Es ist der Vergleich mit den Nachbarländern, der den Arbeitgebern Sorgen bereitet. In den Jahren 2004 bis 2013 lag die kumulierte Teuerungsrate in Luxemburg bei etwa 27 Prozent; in Deutschland sollen es jedoch nur 18 Prozent gewesen sein. Es seien jene neun Prozentpunkte Unterschied, die der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen schaden, die die Kaufkraft der Verbraucher belasten und die letztendlich die Arbeitsplätze vor allem im Niedriglohnssektor zerstören, sagte Rommes.

Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, muss nach Dafürhalten der UEL alles unternommen werden, was die Inflation weiter anheizt. Der Arbeitgeberverband fordert einen „anti-inflationistischen Schock“, und zwar eine Desindexierung der Gesamtwirtschaft. Dafür bedarf es laut Jean-Jacques Rommes eines „ordnungspolitischen Rahmens“, schließlich könne der Arbeitgeberverband den Unternehmen nicht vorschreiben, wie sie ihre Verträge aufzustellen haben; und schließlich könne man nur über eine gesetzliche Basis sicherstellen, dass etwa auch gewerbliche Mietverträge ohne Index-Bestimmungen auskommen. Für Nicolas Henckes ist es ohnehin seltsam, dass der Staat bei Verträgen über öffentliche Arbei-



UEL-Direktor Jean-Jacques Rommes wird am Freitag im Staatsministerium erwartet. (FOTO: GUY JALLAY)

ten die Anpassung an die Teuerungsrate gelegentlich ausklammert: „Hier gelten scheinbar andere Regeln als für die Unternehmen.“ Als Alternative zur Desindexierung schlagen die UEL-Vertreter den Wegfall jener Index-Tranche vor, die im kommenden Jahr mit der Anhebung der Mehrwertsteuer fällig würde.

Dass die Regierung beim Treffen mit den Sozialpartnern an diesem Freitag auf die Wünsche des Patronats eingeht, erwarten die UEL-Vertreter nicht wirklich. „Die Regierung hat deutlich gemacht, dass sie in Sachen Index untätig bleiben will. Das ist eine katastrophale Vorgehensweise.“ Dass die Arbeitgeber morgen den Index-Vorschlägen der Regierung zustimmen werden, ist laut Rommes ausgeschlossen. Eine Belastung für den Sozialdialog sieht

der UEL-Vorsitzende in dieser Abwehrhaltung nicht. „Wir werden in dieser Frage nicht gewinnen. Wir wollen lediglich Verständnis für unser Anliegen.“

Die Niederlage beim Index scheint die UEL also schon einkalkuliert zu haben. Was aber nicht bedeutet, dass sie den Kampf um die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ganz aufgegeben hat. Der Regierung habe man einen Forderungskatalog zukommen lassen, zu dem man sich nach der Sommerpause eine Stellungnahme erwartet. Darin erwähnt wird unter anderem die Einführung eines Karenztages, mit dem die Arbeitnehmer an den Kosten der krankheitsbedingten Arbeitsausfälle beteiligt werden sollen. Die Regierung hat bereits zu erkennen gegeben, dass sie darüber alles andere als begeistert ist. (jm)